

## 2. Der Kanton Zürich wird zur Blue Community

Postulat Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden), Andreas Daurù (SP, Winterthur) und Qëndresa Sadriu (SP, Opfikon) vom 25. November 2019

KR-Nr. 367/2019, RRB-Nr. 85/29.1.2020 (Stellungnahme)

*Ratspräsident Benno Scherrer:* Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 29. Januar 2020 bekanntgegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

*Michèle Dünki-Bättig (SP, Glattfelden):* «Die Kriege des 21. Jahrhunderts werden nicht um Öl, sondern um Wasser geführt», sagte der spätere UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali im Jahr 1986. Schon damals gehörte der Streit um Wasser zum Alltag vieler Menschen, und die Klimaerwärmung hat die Wassernot und damit das Konfliktpotenzial noch verschärft. Vom Mangel betroffen sind vor allem die Ärmsten der Armen. Aber auch uns in der Wasserinsel Schweiz wird immer mehr bewusst, wie gefährdet diese vermeintlich unendliche Ressource ist. Experten und Expertinnen gehen davon aus, dass im Jahr 2040 die Nachfrage nach Wasser das Angebot um 40 Prozent übersteigen wird. Von der drohenden Wasserkrise sind unter anderem viele Länder des Mittelmeerraumes wie Spanien oder Italien betroffen. Die Schweiz verfügt zwar über viele Wasservorräte und eine ausgezeichnete Trinkwasserversorgung. Dennoch beziehen wir infolge des Imports von vielen Nahrungsmitteln und Gütern vor allem Wasser aus dem Ausland. Gemäss einer Studie, die der Bund in Auftrag gegeben hat, beträgt der Anteil Wasser aus dem Ausland über 80 Prozent. Der Konsum der Schweizerinnen und Schweizer nimmt damit Einfluss auf die Verfügbarkeit von Wasser in anderen Regionen der Welt. Die Initiative Blue Community ist eine Möglichkeit, sich dieser Verantwortung zu stellen.

Auf der ganzen Welt gibt es Blue Communities, die sich für das Grundrecht auf Wasser engagieren. Dazu gehören Städte wie Berlin, München, Marburg, Paris, Brüssel, Cádiz in Spanien, Los Angeles in den USA, Vancouver und Victoria in Kanada. Auch in der Schweiz sind bereits mehrere Städte Blue Communities geworden: Bern, St. Gallen, Neuenburg, Gossau und mit Dietikon seit Juli letzten Jahres auch die erste Stadt im Kanton Zürich. Der Kanton Zürich hätte aber die Chance, sich weltweit als erste Region dem Grundwert Wasser zu verpflichten, sich damit zu profilieren und sich dafür zu engagieren, denn Wasser gehört zu den Gütern, auf die die Schweiz stolz ist und für die sie auch weltweit ihre Fachkompetenz zur Verfügung stellt. Auch der Kanton Zürich hat hier viel zu bieten. Erinnern wir uns daran, dass unser Zürichsee in den 1960er-Jahren eine Kloake war, in der man besser nicht schwimmen sollte. Und heute ist er eine der wichtigsten Quellen für unser Trinkwasser. Die Stimmberechtigten des Kantons Zürich haben klar gezeigt, wie wichtig ihnen Wasser als öffentliches Gut ist, als sie am 10. Feb-

ruar 2019, also ziemlich genau vor drei Jahren, das damals vorliegende Wassergesetz abgelehnt und den Grundsatz der öffentlichen Wasserversorgung sichergestellt haben.

Auch dieses Jahr werden die Akteure der Blue Community anlässlich des internationalen Weltwassertages am 22. März im Kanton Zürich wieder eine engagierte Weltwasserwoche durchführen mit Veranstaltungen an der Universität Zürich, in der Wasserkirche und mit vielen Besichtigungen und Begehungen von Wasserinfrastruktur im ganzen Kanton. Der UN-Sonderberichterstatter für die Menschenrechte auf Wasser und Sanitärversorgung, Pedro Arrojo-Agudo, wird höchstpersönlich die Zürcher Weltwasserwoche eröffnen. Und am 17. Mai kommt auf Einladung der Universität Zürich mit Maude Barlow die Vorsitzende des Councils of Canadians und Gründerin der Blue Community nach Zürich. Der Kanton Zürich, seine Verwaltung und insbesondere die zuständige Direktion und ihre Ämter hätten also viele Möglichkeiten, sich aktiv einzubringen und sich mit ihrer Arbeit zu profilieren.

Vielen Dank, wenn sie das vorliegende Postulat unterstützen.

*Ratspräsident Benno Scherrer:* Ich begrüsse nun den Baudirektor, Regierungsrat Martin Neukom.

*Barbara Grüter (SVP, Rorbas):* Die Vereinigung der Blue Community basiert auf Prinzipien einer gewerkschaftsähnlichen Umweltorganisation, um das Wasser als allgemeines Gut zu erhalten und zu schützen. Die vier Grundsätze basieren darauf, Wasser als Menschenrecht anzuerkennen, Wasser-Dienstleistungen in der öffentlichen Hand zu halten und zu kontrollieren, Wasser in Leitungswasser anstelle Plastikflaschen zu konsumieren und Wissens- und Erfahrungsaustausch mit anderen Blue-Community-Partnern zu pflegen.

Das Recht auf Leben und Unversehrtheit wird bereits in der schweizerischen Bundesverfassung per se so geregelt. Wie der Regierungsrat in seinen Erläuterungen richtig schreibt, ist das Recht auf Wasser durch dieses Recht begründet. Die weiteren Grundsätze sind im Kanton Zürich durch das Wassergesetz bereits abgedeckt und werden mit der Überarbeitung vermehrt eingebracht. Auch prüfte der Regierungsrat bereits durch das Entgegennehmen des Postulats KR-Nr. 303/2019, ob vermehrt aufbereitetes Leitungswasser anstelle von Wasser aus PET- und Glasflaschen in der kantonalen Verwaltung angeboten werden soll.

Im vorliegenden Postulat zur Anerkennung der Blue Community geht es vermehrt um Grundrechte, Öffentlichkeit des Wassers in internationalen Beziehungen und Standards der UNO in Sachen sanitären Anlagen et cetera. Sich mit solchen Grundsätzen international und ethisch an Organisationen zu binden, ist in Sachen Wasserversorgung in der Schweiz nicht nötig und führt im Kanton Zürich zu keinem Mehrwert. Die Standards rund ums Wasser sind in der Schweiz auf einem sehr hohen Niveau oder toppen sogar internationale Standards. Daher braucht es keine Bindung an ideologische Umweltverbände, um diese Standards durch internationale Verpflichtungen zu erreichen oder zu erarbeiten.

Ich bitte Sie, dem Regierungsrat zu folgen und dieses unnötige Postulat nicht zu überweisen beziehungsweise abzulehnen. Besten Dank.

*Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen):* Der Vorstoss für eine Anerkennung der kantonalen Verwaltung als Blue Community gehört in den Augen der FDP in die Mottenkiste der Symbolpolitik. Als Partei anerkennen wir natürlich, dass Wasser als Gut allen Menschen in ausreichender Menge und guter Qualität zur Verfügung stehen sollte. Und über das Prinzip der Öffentlichkeit der Gewässer – auch eines der Ziele dieses Labels – reden wir zurzeit bereits in den Beratungen zum Wassergesetz. Zudem haben wir den Verzicht auf Mineralwasser in Fläschli mit dem Postulat KR-Nr. 303/2019 diskutiert und für die Reduktion des Plastikmülls – das ist auch ein wichtiges Ziel – da steht ja zurzeit auch die Kreislaufwirtschaft in den Startlöchern (*Vorlage 5668*). Das Sparen von Wasser, das ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Blue-Community-Label bringt keinen Mehrwert weder für den Kanton noch für die erwähnten Ärmsten der Welt. Wir lehnen ab.

*Franziska Barmettler (GLP, Zürich):* Die Anliegen der Blue Community sind wichtig. Dennoch sehe ich zwischen dieser Initiative des Councils of Canadians und dem Kanton Zürich beim besten Willen keinen Match. Die Bundesverfassung und das Wassergesetz sind die richtigen Orte, um diese grossen Fragen des Menschenrechts auf Wasser oder Wasser als öffentliches Gut zu regeln. Was den operativen Teil angeht, hat letzte Woche eine grosse Mehrheit dieses Rates entschieden, hier der Verwaltung nicht reinzureden. Ein solches Label verschafft man sich gewöhnlich, wenn man entweder dadurch seinem Engagement bei einem Thema mehr Glaubwürdigkeit beimessen will oder sein Engagement breiter sichtbar machen will oder man dadurch Zugang zu wertvollen Partnern in diesem Bereich erhält. All dies wird mit einer Anerkennung zu einer Blue Community nicht erfüllt. Sie bietet keinen Mehrwert und würde diesem Thema nicht etwa mehr Bedeutung geben, sondern eher weniger. Wir unterstützen dieses Postulat nicht.

*Barbara Günthard Fitze (EVP, Winterthur):* Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit wird durch Artikel 10 der Bundesverfassung garantiert. Abgeleitet aus diesen Grundrechten ist auch ein Recht auf Wasser begründbar und wohl kaum umstritten; bereits heute gilt Wasser als öffentliches Gut. Zudem haben wir einen neuen Gesetzesentwurf für das Wasser von uns, welcher in Beratung ist und welcher künftig auch die Öffentlichkeit der Wasserversorgung ausdrücklich verlangt. Im vorliegenden Zusammenhang geht es indes schwegewichtig um Gegenstände von grundlegender Bedeutung: Grundrechte, Öffentlichkeit des Wassers, internationale Beziehungen. Das Leitungswasser haben wir letztes Mal behandelt.

Da dieser Vorstoss für die Verwaltung keinen Mehrwert ergibt, lehnen auch wir von der EVP das Postulat ab.

*Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 110 : 52 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 367/2019 nicht zu überweisen.**

Das Geschäft ist erledigt.